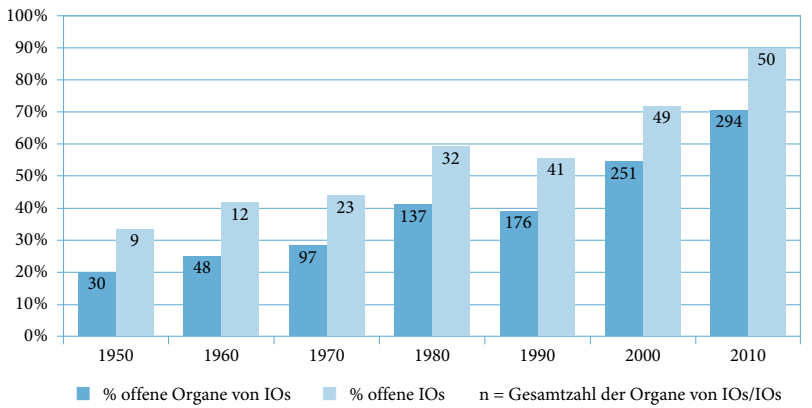
Weltgesellschaft

Die Post-2015-Konsultationen: Feigenblattpolitik oder Laboratorium für Innovation?

Die globalen Konsultationen zu den neuen Entwicklungszielen unter der Führung der Vereinten Nationen (UN), die die Millennium-Entwicklungsziele (MDGs) ersetzen sollen, begannen 2012. Im Vergleich zu den MDGs ist das Verfahren bei den Post-2015-Zielen wesentlich inklusiver und partizipativer. Die Konsultationen sind Teil eines länger anhaltenden Trends, gemäß dem zwischenstaatliche Organisationen versuchen, ihre Legitimität in den Augen derjenigen zu stärken, die von ihren Entscheidungen betroffen sind. Die Post-2015-Konsultationen haben das Schlaglicht auf die dynamische und sehr vielgestaltige Interessengruppenlandschaft im Bereich der globalen Entwicklungspolitik gelenkt. Dennoch bleibt die tatsächliche Entscheidungsgewalt über die neuen Ziele staatszentriert. Die größte Herausforderung für die UN-Mitgliedstaaten bei ihren Verhandlungen über die neuen Ziele besteht darin, den vielfältigen Beiträgen gerecht zu werden, die über die Konsultationen eingegangen sind. Die Zivilgesellschaft ist recht skeptisch in Bezug darauf, inwieweit sie durch politische Dialoge mit UN-Organen Einfluss nehmen kann. Die Chancen für die Verwirklichung neuer Ziele sind jedoch größer, wenn sie breite Legitimität gewinnen.

Abbildung 1: Immer mehr internationale Organisationen (IOs) und ihre Organe gewähren transnationalen Akteuren (TNA) Zugang

Anteil der IOs und internationalen Organe, die TNA Zugang gewähren 1950–2010



Quelle: eigene Darstellung basierend auf Tallberg et al. 2013, S. 74

Eine transnationale Wende in der Weltordnungspolitik

In einer »transnationalen Wende« in der Weltordnungspolitik öffnen sich internationale Organisationen (IOs) zunehmend für die Teilnahme von transnationalen Akteuren wie Organisationen der Zivilgesellschaft (*Civil Society Organisations*, CSOs), Unternehmen, Stiftungen und anderen [vgl. Abbildung 1]. Der Zugang transnationaler Akteure zu internationalen Organisationen verbesserte sich ab 1990 stark, auch wenn manche Organisationen bereits wesentlich früher Zugangsmöglichkeiten entwickelt hatten. Die UN sind seit den 1950er Jahren eine der vergleichsweise offensten Organisationen gewesen. Was erklärt diesen Trend? Eine neuere Untersuchung von 298 Organen von 50 internationalen Organisationen zeigt, dass das Hauptmotiv von Organisationen für die Öffnung ein funktionaler Bedarf an den Ressourcen transnationaler Akteure war. Letztere helfen internationalen Organisationen, Probleme wirkungsvoller anzugehen, vor

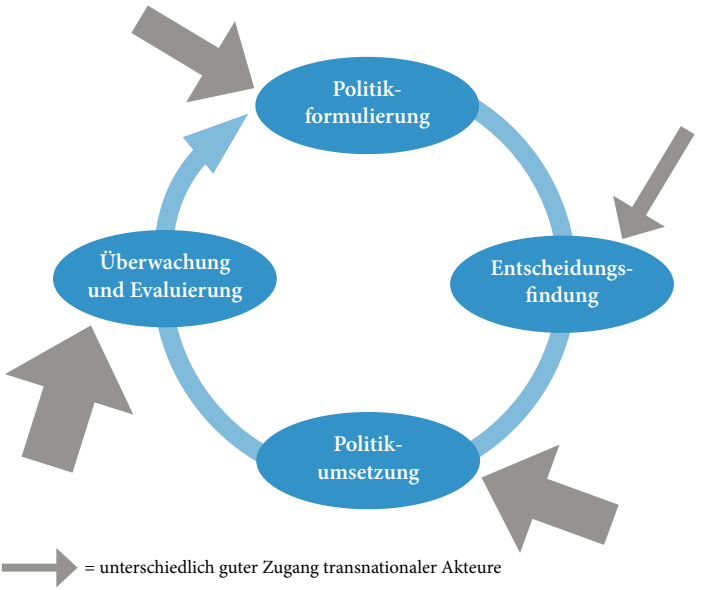
Tabelle 1: Ansichten der Zivilgesellschaft zum Zugang zu internationalen Organisationen

% der Befragten	sehr schlecht	schlecht	zufriedenstellend	gut	sehr gut
Vorteile der Akkreditierung	11	18	12	34	25
Einfachheit der Akkreditierung	22	10	29	29	10
Klarheit der Akkreditierung	16	12	22	39	12
Zugang zu IOs	25	26	29	10	10
Objektivität von IOs bei ihrer Außenkommunikation	32	34	8	18	9
Proaktivität von IOs bei der Gewährung von Zugang zu Tagungen	30	25	16	18	11
Qualität der informellen Zusammenarbeit mit IOs	15	27	32	20	7
Wie hat sich die Zugänglichkeit zu den IOs in den letzten fünf bis zehn Jahren verbessert?	21	23	15	29	13

80 % der Befragten meinten, der Zugang von CSOs zu IOs sei sehr schlecht, schlecht oder zufriedenstellend.
59 % der Befragten waren neutral oder der Auffassung, dass sich der Zugang von CSOs zu IOs in den letzten fünf bis zehn Jahren nicht verbessert habe.
71 % der Befragten waren neutral oder der Ansicht, IOs seien nicht proaktiv in Bezug darauf, CSOs zu ermöglichen, Treffen beizuwohnen oder aktiv daran teilzunehmen.
71 % der Befragten meinten, es sei für CSOs vorteilhaft, sich von IOs akkreditieren zu lassen.
51 % der Befragten empfanden den Akkreditierungsprozess für CSOs als klar und leicht verständlich.

Quelle: CIVICUS 2014, S. 211

Abbildung 2: Zugang transnationaler Akteure zu Phasen des Politikzyklus



Quelle: eigene Darstellung basierend auf Tallberg et al. 2013, S. 260

allem durch die Überwachung von Regeleinhaltung und die Umsetzung ihrer Politik vor Ort. Ein weiteres Motiv war die Verbreitung einer Norm partizipativer Governance und innerstaatlicher Demokratie in den Mitgliedstaaten von internationalen Organisationen. Haupthindernis für einen breiteren Zugang waren Souveränitätskosten mit der Folge schwächerer staatlicher Kontrolle (Tallberg et al. 2013, S. 137).

In dem von CIVICUS, der Weltallianz für Bürgerteilnahme, 2014 veröffentlichten Bericht *Der Zustand der Zivilgesellschaft* bekundet die überwältigende Mehrheit der CSOs jedoch, dass sie ihren Zugang zu UN-Einrichtungen und -Organisationen als sehr schlecht, schlecht oder zufriedenstellend empfindet [vgl. Tabelle 1]. Neben dem bisweilen komplexen administrativen Akkreditierungsverfahren könnte diese Einschätzung auch auf Unterschiede der Möglichkeiten des Zugangs zu Themenfeldern und Politikphasen zurückzuführen sein. Akteure aus der Zivilgesellschaft und der Wirtschaft haben den weitestgehenden Zugang zu internationalen Menschenrechtsorganisationen erhalten, gefolgt von Umwelt- und Entwicklungsorganisationen. Zwischenstaatliche Organisationen in den Bereichen Sicherheit und Finanzen sind wesentlich weniger offen. Die offenste Phase des politischen Prozesses sind die Politikformulierung und die Umsetzung/Überwachung, während Entscheidungsprozesse wesentlich weniger offen sind, auch über einen längeren Zeithorizont betrachtet [vgl. Abbildung 2]. Demgemäß haben transnationale Akteure den schlechtesten Zugang zu der

politisch wichtigsten Phase der internationalen Zusammenarbeit, in der Entscheidungen getroffen werden (Tallberg et al. 2013, S. 260).

Referenzpunkt: Die Festlegung der MDGs

Die Post-2015-Konsultationen sollten im Vergleich zur Entstehung der MDGs beurteilt werden. Auf der Basis der von der UN-Generalversammlung im Jahr 2000 angenommenen Millenniums-Erklärung legte eine organisationenübergreifende Expertengruppe der UN eine Reihe quantifizierbarer Entwicklungsziele, Zielvorgaben und Indikatoren fest, die als Millennium-Entwicklungsziele bezeichnet wurden. Man ging davon aus, dass diese Ziele als legitim betrachtet werden würden, weil ihnen die Millenniums-Erklärung zugrunde lag.

Über die MDGs selbst fand jedoch keine formelle Abstimmung der Staaten in der UN-Generalversammlung statt. Letztlich lehnten sich die MDGs nicht unbeträchtlich an eine Vorschlagsliste mit internationalen Entwicklungszielen an, die zuvor vom Entwicklungsausschuss *(Development Assistance Committee)* der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung *(Organisation for Economic Co-operation and Development)* aufgestellt worden war. Von vielen Seiten wurde später bemängelt, dass die MDGs das Entwicklungskonzept der »Geberländer« widerspiegeln. Sie wurden »hinter verschlossenen Türen ausgeheckt und von den Partikularinteressen und den Neigungen bestimmter Entwicklungsorganisationen geprägt. Auch fehlten ein kohärentes konzeptionelles Design und konsequent angewendete rigorose statistische Parameter« (Darrow 2012, S. 6). Die Art der Festlegung der MDGs führte deshalb zu Spannungen zwischen den UN und zivilgesellschaftlichen Entwicklungsorganisationen.

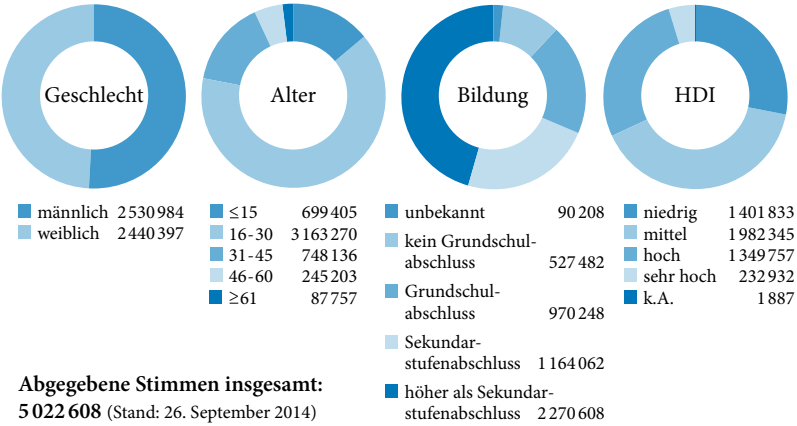
Post-2015-Konsultationsprozesse

Im Gegensatz zum Entstehungsprozess der MDGs betrachten sowohl UN-Organe als auch Staaten und die Zivilgesellschaft umfassende Beratungen über die neue globale Entwicklungsagenda als eine wichtige Voraussetzung für die Legitimität von Post-2015-Zielen (Darrow 2012, S. 50). Die Hochrangige Gruppe für globale Nachhaltigkeit der UN *(UN High Level Panel on Global Sustainability)* kam 2012 zu dem Schluss, dass zukünftige Ziele von Regierungen zu vereinbaren seien, ihre Ausarbeitung jedoch einen transparenten und inklusiven Prozess erfordere, der auf den mit den MDGs gewonnenen Erkenntnissen und auf einer breiten Expertise und geographischen Repräsentation basieren müsse. Deshalb laufen seit 2012 mehrere Konsultationsprozesse parallel zueinander.

UN-geführte Konsultationen: *WorldWeWant*

Die Koordinierungsstelle für UN-Konsultationen mit einschlägigen Interessengruppen war die Plattform mit der Bezeichnung *The World We Want 2015*

Abbildung 3: Umfassende und vielfältige Beteiligung am Post-2015-Prozess
Die Umfrage MY World (»MEINE Welt«) von UN und Zivilgesellschaft: Wer hat teilgenommen?



Abgegebene Stimmen insgesamt:
5 022 608 (Stand: 26. September 2014)

Quelle: http://data.myworld2015.org, 26.9.2014

(http://www.worldwewant2015.org). Unter dieser Überschrift haben die UN sowohl auf der Landesebene als auch auf thematischer Grundlage Konsultationen durchgeführt. UN-Landesteams halfen 88 Ländern, nationale Konsultationen über die Post-2015-Agenda mit Regierungen, der Zivilgesellschaft, dem Privatsektor, Medien, Hochschulen und Denkfabriken einzuberufen. Im Rahmen dieser nationalen Konsultationen sollten auch Anstrengungen unternommen werden, Gruppen zu erreichen, die sich normalerweise nicht an politischen Diskussionen beteiligen. Beispielsweise wurden Methoden wie Fokusgruppendiskussionen mit verwundbaren, also sozial benachteiligten oder marginalisierten Gruppen, runde Tische mit verschiedenen Akteuren sowie Online- und SMS-Methoden verwendet (The World We Want 2014).

Auf der *WorldWeWant*-Plattform konnten Personen über die von den UN, dem *Overseas Development Institute* (ODI) und dem britischen Meinungsforschungsinstitut Ipsos MORI entwickelte weltweite Umfrage *MY World* Beiträge leisten. Im September 2014 hatten 5 Mio. Menschen an der Umfrage teilgenommen und bekundet, was für sie die wichtigsten Themen für die neue Agenda waren (http://data.myworld2015.org/). Um Gemeinschaften ohne Zugang zu Internet oder Telefon einzuschließen, wurden auch Offline-Methoden wie persönliche Befragungen eingesetzt, mit denen sogar die meisten Stimmen eingesammelt wurden. Diese Befragungen wurden von etwa 500 Organisationen weltweit durchgeführt, vor allem aus der Zivilgesellschaft, aber auch von den UN und aus der Wirtschaft. Zusätzlich wurden etwa 10 % der Antworten unmittelbar auf der *MY-World*-Website-Plattform eingegeben und weitere 10 % über SMS von Mobiltelefonen. Interessanterweise besteht unter den Befragten

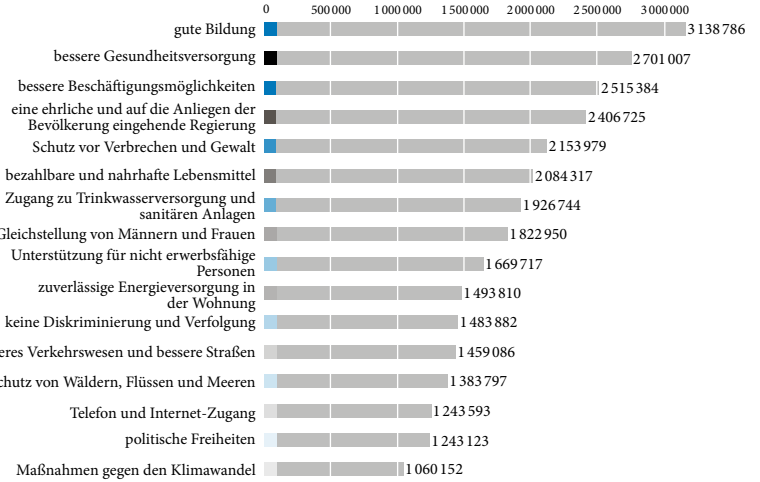
ein Geschlechtergleichgewicht, aber fast vier Fünftel der Befragten waren unter 30 Jahren alt [vgl. Abbildung 3]. Legt man den Index der menschlichen Entwicklung (*Human Development Index*, HDI) zugrunde, kommen fast zwei Drittel der Befragten aus Ländern mit niedrigem oder mittlerem Niveau. Das restliche Drittel kommt aus Ländern mit hohem (oder sehr) hohem HDI-Niveau.

»Gute Bildung« ist das Topthema, das in die neuen Entwicklungsziele aufgenommen werden soll, gefolgt von »bessere Gesundheitsversorgung«, »bessere Beschäftigungsmöglichkeiten«, »eine ehrliche und auf die Anliegen der Bevölkerung eingehende Regierung« sowie »Schutz vor Verbrechen und Gewalt« [vgl. Abbildung 4]. Diese Anliegen wurden bei den Zielen berücksichtigt, die von der Offenen Arbeitsgruppe über die Ziele für nachhaltige Entwicklung (*Open Working Group on Sustainable Development Goals*, OWG) (siehe unten) vorgeschlagen wurden (OWG 2014).

Unter der gemeinsamen Führung der einschlägigen UN-Organisationen und einer Reihe nationaler Regierungen wurden zwischen 2012 und 2013 ferner elf globale thematische Konsultationen durchgeführt. Diese Konsultationen betrafen die Themen Ungleichheit, Gesundheit, Ernährungssicherheit, Energie, Regierungsführung, Bildung, Konflikt, Wasser, Wachstum, Umwelt und Bevölkerung. Eine Reihe von Akteuren nahm an jeder Konsultation teil. Beispielsweise kamen bei der Konsultation zum Thema Gesundheit Beiträge von UN-Mitgliedstaaten, UN-Organisationen, der Zivilgesellschaft, aus der Wissenschaft, dem Privatsektor, von Stiftungen und führenden Einzelpersonen zu globalen Gesundheitsangelegenheiten. Sie umfasste 13 mündliche Befragungen von insgesamt 1569 Personen. Einigen von diesen gingen Online-Umfragen und andere Formen der Öffentlichkeitsarbeit voraus. Auf die Aufforderung zur Einreichung von Beiträgen gingen mehr als 100 Beiträge von wissenschaftlichen Institutionen, Regierungen, CSOs, Einzelpersonen und internationalen Organisationen ein.

Jede nationale und thematische Konsultation erstellte einen Abschlussbericht, der an die Hochrangige Gruppe namhafter Persönlichkeiten für die Entwicklungsagenda nach 2015 *(High-level Panel on Eminent Persons on the Post-2015 Development Agenda)* gerichtet war. Diese Gruppe (tätig zwischen Juli 2012 und Mai 2013) führte auch ihre eigenen Tagungen mit Interessenvertretern in London, Monrovia und auf Bali durch, auf denen Beiträge von etwa 5000 Organisationen der Zivilgesellschaft und 250 privaten Akteuren eingebracht wurden. Die Hochrangige Gruppe namhafter Persönlichkeiten legte im Mai 2013 ihren Abschlussbericht mit dem Titel *A New Global Partnership: Eradicate Poverty and Transform Economies Through Sustainable Development* vor (High-level Panel 2013). Darin forderte sie weitreichende Veränderungen und schlug zwölf neue Ziele vor. Im Juli 2013 veröffentlichte der UN-Generalsekretär seinen Synthesebericht *A Life of Dignity for All* (UN-Dok. A/68/202), der sich auf den Bericht der Hochrangigen Gruppe namhafter Persönlichkeiten sowie die thematischen und nationalen Konsultationen stützte. Die Beratungen werden online während des gesamten Jahres 2015 fortgesetzt. Im April 2014 wurden sechs neue thematische *WorldWeWant*-Konsultationen zu unterschiedlichen Aspekten der Umsetzung der Post-2015-Agenda, beispielsweise auf der lokalen

Abbildung 4: Bildung als Hauptpriorität einer neuen Entwicklungsagenda
Die Umfrage MY World (»MEINE Welt«) von UN und Zivilgesellschaft: Was waren die wichtigsten inhaltlichen Anliegen für eine Agenda nach 2015?



Abgegebene Stimmen insgesamt: 5 022 608 (Stand: 26. September 2014)

Quelle: http://data.myworld2015.org, 26.9.2014

Ebene oder in Partnerschaften mit der Zivilgesellschaft und anderen Akteuren, beschlossen.

Post-2015-Netzwerke der Zivilgesellschaft

Die Beiträge der CSOs überall auf der Welt sind hinsichtlich ihrer Thematik und Sichtweisen facettenreich und vielgestaltig. Das größte Netzwerk der Zivilgesellschaft, das ausschließlich Post-2015-Kampagnen gewidmet ist, ist *Beyond 2015*. Es wurde 2010 von den britischen zivilgesellschaftlichen Entwicklungsorganisationen *Bond*, *CAFOD* und *Christian Aid* sowie von *Trocaire* (Irland) und von *CIDSE* (Belgien) gebildet. Seine ursprünglich einseitig britische/westeuropäische Ausrichtung hat sich im Lauf der Zeit verändert. 2014 umfasste *Beyond 2015* mehr als 1000 Organisationen der Zivilgesellschaft aus 132 Ländern. Von diesen waren 56 % in der südlichen und 44 % in der nördlichen Hemisphäre angesiedelt. 2011 drängte *Beyond 2015* die UN, einen Dialog über Post-2015-Ziele auf den Weg zu bringen, und ermutigte die Organisation, die Federführung dieses Prozesses zu übernehmen. Das Netzwerk organisiert Tagungen und Veranstaltungen und setzt sich bei den UN, der EU und in einzelnen Ländern für die Schaffung eines inklusiven Prozesses ein. Um die geographische und thematische Vielfalt der Mitgliedsorganisationen von *Beyond 2015* besser widerzuspiegeln, wurde der Exekutivausschuss des Netzwerks 2012 umstrukturiert. Dem Exekutivausschuss gehören jetzt sechs CSOs aus dem globalen Norden und sechs aus dem globalen Süden an.

Beyond 2015 möchte einen Konsens der Zivilgesellschaft über einen Mindeststandard verfahrensmäßiger und inhaltlicher Legitimität eines Post-2015-Rahmens herbeiführen (*Beyond 2015* 2014). Finanziert durch die schwedische Regierung, organisierte *Beyond 2015* gemeinsam mit *Global Call to Action Against Poverty* sowie dem *International Forum of National NGO Platforms* nationale Beratungen der Zivilgesellschaft in 29 Ländern des Südens. In der Folgezeit legte *Beyond 2015* Positionspapiere zu allen elf thematischen UN-Konsultationen vor und arbeitete mit der Hochrangigen Gruppe namhafter Persönlichkeiten und der OWG zusammen (siehe unten). Zusammengefasst organisierte *Beyond 2015* nicht nur seine eigenen Konsultationen, sondern verfolgte auch eine Strategie der Zusammenarbeit mit den UN und drängte diese zur Öffnung partizipativer Kanäle für die Unterbreitung von Anregungen.

Beispiele für ursprünglich im Süden gebildete Netzwerke der Zivilgesellschaft, die sich aktiv an der Post-2015-Debatte beteiligen, sind das *Third World Network, Social Watch* und *Southern Voice*. Das *Third World Network* wurde 1984 mit dem Ziel gebildet, die Zusammenarbeit zwischen Entwicklungs- und Umweltgruppen der Zivilgesellschaft im Süden zu stärken. Es steht dem ökonomischen Neoliberalismus sehr kritisch gegenüber, missbilligt den »unsystematischen Ansatz« der Festlegung von Zielen und sieht darin einen Weg für entwickelte Länder, ihre Verpflichtungen gegenüber dem Süden zu begrenzen. Das Netzwerk vertritt die Position, dass sich die Post-2015-Agenda auf globale systemische Reformen konzentrieren sollte, um die Parameter des internationalen makroökonomischen Systems und die Welthandelspolitik zu ändern (Third World Network 2014). Das *Third World Network* stimmt mit der Ansicht vieler Menschenrechtsexperten überein, dass Entwicklungsziele in bestehenden internationalen Menschenrechtsverträgen verankert sein sollten (Third World Network 2014, S. 36).

Social Watch mit Sitz in Uruguay ist ein globales Netzwerk nationaler Koalitionen von CSOs zur Armutsbekämpfung, das darauf abzielt, von Regierungen und dem UN-System Rechenschaft im Hinblick auf ihre Verpflichtungen zur Armutsbekämpfung einzufordern. Ebenso wie das *Third World Network* verweist *Social Watch* auf die Notwendigkeit, strukturelle wirtschaftliche Probleme anzugehen und für die neuen Entwicklungsziele einen auf Menschenrechten basierenden Ansatz zu verwenden (Social Watch 2014). Das Netzwerk schlägt acht normative Prinzipien als Grundlage für solche Ziele vor, beispielsweise Solidarität, Subsidiarität, friedliche Streitbeilegung und das Verursacherprinzip (Social Watch 2014, S. 14). *Social Watch* steht Post-2015-Partnerschaften mit der Wirtschaft skeptisch gegenüber und möchte die Beteiligung der Wirtschaft an UN-Prozessen transparenter und rechenschaftspflichtiger machen (Social Watch 2014, S. 27).

Über die 2012 für afrikanische, lateinamerikanische und südasiatische Denkfabriken aus dem Süden gebildete Plattform *Southern Voice* sollen Beiträge zur Post-2015-Agenda aus dem Süden beigesteuert werden. Die Mitglieder des Netzwerks sind Denkfabriken, die Mittel aus der *Think Tank Initiative* erhalten haben, einem Programm zur Stärkung unabhängiger Politikforschungsorganisationen in Entwicklungsländern.

Southern Voice hat Beiträge zur Hochrangigen Gruppe namhafter Persönlichkeiten und zu Veranstaltungen auf hoher Ebene über Post-2015-Ziele geleistet. Ab 2012 hat *Southern Voice* auch ein Projekt mit der Bezeichnung *Post-2015 Data Test* durchgeführt, um eine Auswahl möglicher Post-2015-Ziele und -Zielvorgaben auf eine Reihe von Ländern anzuwenden. Damit sollte die Angemessenheit der verfügbaren Daten zur Messung von Post-2015-Zielen auf der Landesebene beurteilt werden.

Zusätzlich zu den genannten Netzwerken versucht eine große Zahl anderer CSOs aus dem Norden und dem Süden, Einfluss auf die zukünftige globale Entwicklungsagenda zu nehmen. Manche verfolgen eine Strategie der Zusammenarbeit mit UN-Prozessen, während kritischer eingestellte CSOs außen vor geblieben sind. Im März 2013 fand in Bonn eine große Konferenz mit Vertretern von 200 CSOs aus der ganzen Welt statt, deren Ziel die Entwicklung gemeinsamer Strategien war. Diese Tagung »verkündete das Ende der Flitterwochen mit dem UN-geführten Post-2015-Prozess« (Behar 2014, S. 3). In der Schlusserklärung wurde gefordert, das Konzept der neuen Agenda müsse in der vorhandenen Menschenrechtsarchitektur verwurzelt und universell sein, Rechenschaftslegung gewährleisten und partizipativ sein (International Civil Society Centre 2013).

Die Rolle der Wirtschaft im Post-2015-Prozess

Im Gegensatz zum Entstehungsprozess der MDGs im Jahr 2000 wurden diesmal Wirtschaftsvertreter und -verbände an mehreren Post-2015-Beratungsgremien beteiligt. Unter den 27 Teilnehmern der weiter oben genannten Hochrangigen Gruppe namhafter Persönlichkeiten waren zwei Vorstandsvorsitzende von Unternehmen – ebenso viele wie die Vertreter der Zivilgesellschaft in diesem Gremium. Zu den Personen, die für den Abschlussbericht der Gruppe konsultiert wurden, zählten Vorstandsvorsitzende von 250 Unternehmen in 30 Ländern (High-level Panel 2013, S. 2).

Der Globale Pakt der Vereinten Nationen *(Global Compact)*, eine freiwillige Plattform zum Thema der sozialen Verantwortung von Unternehmen, an dem sich mehr als 7000 Unternehmen beteiligen, wurde vom Generalsekretär gebeten, Ansichten über globale Nachhaltigkeitsprioritäten aus dem Blickwinkel der Wirtschaft in den Post-2015-Prozess einzubringen. Der *Global Compact* ist dieser Aufforderung durch mehrere Veranstaltungen nachgekommen. In Zusammenarbeit mit dem Weltunternehmerrat für nachhaltige Entwicklung *(World Business Council for Sustainable Development)* legte der *Global Compact* der Hochrangigen Gruppe auch einen Bericht mit Vorstellungen der Wirtschaft zum Kern der neuen Agenda und zu Möglichkeiten der Unterstützung ihrer Umsetzung durch die Wirtschaft vor. Außerdem unterbreitete er 2013 dem UN-Generalsekretär seinen eigenen Bericht mit Vorschlägen für neue Ziele und Zielvorgaben. Zur Vorbereitung auf diesen Bericht führte der *Global Compact* über seine lokalen Netzwerke seine eigenen Konsultationen mit etwa 500 Unternehmensvertretern in fünf Weltregionen durch. In dem Bericht wurden zehn Ziele vorgeschlagen, allen voran ein Ziel zur Beendigung der Armut und zur Steigerung des Wohlstands durch

inklusives Wirtschaftswachstum (Global Compact 2013).

Im Endeffekt wurde ein Großteil der Beiträge aus der Wirtschaft an die UN über den *Global Compact* geleitet. Dies führte dazu, dass sich darin die Positionen von Großunternehmen sowie bestimmten Schlüsselfirmen und -personen, häufig mit Hauptsitz in Europa oder Nordamerika, sehr stark widerspiegeln. Eine neuere Untersuchung (Pingeot 2014) zeigt, dass in den vielen einander überlappenden Prozessen, in denen die Wirtschaft Beiträge zu Post-2015-Zielen einbringen konnte, gewisse Industriezweige (beispielsweise Rohstoffförderung, Technologie, Arzneimittel, Nahrungsmittel) und gewisse Einzelunternehmen (beispielsweise Unilever, Siemens, AngloGold Ashanti sowie der italienische Erdöl- und Erdgaskonzern ENI) überrepräsentiert sind.

Das Engagement von Interessengruppen in zwischenstaatlichen Post-2015-Prozessen

Die Offene Arbeitsgruppe über die Ziele für nachhaltige Entwicklung

Im Januar 2013 etablierte die UN-Generalversammlung die OWG als ein zwischenstaatliches Verhandlungsorgan [vgl. Kasten]. Im Gegensatz zu den *WorldWeWant*-Konsultationen ermittelte die OWG Interessengruppen über das UN-System der *Major Groups*, die wichtige gesellschaftliche Gruppen repräsentieren, und arbeitete

Die Offene Arbeitsgruppe über die Ziele für nachhaltige Entwicklung (OWG)

Auf der Konferenz der UN über nachhaltige Entwicklung (Rio+20), die im Juni 2012 in Rio de Janeiro stattfand, wurde beschlossen, einen Prozess zur Entwicklung nachhaltiger Entwicklungsziele (*Sustainable Development Goals*, SDGs) zu beginnen. Hierfür wurde die OWG als vorbereitendes Organ mit 30 Mitgliedern gebildet, die Staaten aus fünf Regionalgruppen (Afrika, Asien-Pazifik, Lateinamerika und Karibik, Westeuropa und andere sowie Osteuropa) vertraten, wobei sich mehrere Staaten gemeinsam die jeweiligen Sitze teilten. Den gemeinsamen Vorsitz übernahmen Ungarn und Kenia. Ihre Aufgabe lautete, einen Vorschlag für nachhaltige Entwicklungsziele vorzulegen. 2013 und 2014 tagte die OWG achtmal für jeweils zwei bis fünf Tage. Im Juli 2014 unterbreitete sie der UN-Generalversammlung ihren Abschlussbericht, in dem 17 Ziele und 169 Zielvorgaben zu einem breiten Spektrum von Themen im Zusammenhang mit nachhaltiger Entwicklung vorgeschlagen wurden. Mit der Vorstellung des Berichts endete die OWG (weitere Details finden sich unter http://sustainabledevelopment.un.org/owg.html).

mit diesen zusammen. Dieses System war als ein Ergebnis der UN-Konferenz über Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro im Jahr 1992 etabliert worden und benennt neun Interessengruppen: nichtstaatliche Organisationen (NGOs), Gebietskörperschaften, Wissenschaft und Technologie, Bauern, Frauen, Wirtschaft und Industrie, Arbeitnehmer und Gewerkschaften, Indigene sowie Kinder und Jugendliche. In ihrer ersten Tätigkeitsphase konzentrierte sich die OWG auf die Bestandsaufnahme und die Sammlung von Ansichten von Mitgliedstaaten und Interessengruppen aus dem Kreis der *Major Groups*. Die gemeinsamen Vorsitzenden der OWG trafen sich zu Morgenbesprechungen mit Vertretern der *Major Groups* vor dem Beginn der offiziellen zwischenstaatlichen OWG-Sitzungen. Die Inhalte dieser Besprechungen wurden in die Diskussionen zwischen OWG-Mitgliedstaaten eingebracht. Vertretern der *Major Groups* wurde auch ermöglicht, während offizieller OWG-Sitzungen Erklärungen abzugeben. Registrierte Organisationen aus diesem Kreis konnten durch die elektronische Übermittlung von Berichten, Positionspapieren und offiziellen Erklärungen Beiträge zu unterschiedlichen Themenfeldern leisten.

Im Vergleich zu den *WorldWeWant*-Konsultationen flossen die Interessengruppenbeiträge für die OWG unmittelbarer in die Beratungen von Staaten über Vorschläge für Ziele und Zielvorgaben ein, die die Grundlage für die zwischenstaatlichen Verhandlungen im Jahr 2015 bilden werden. Die UN-Generalversammlung entschied im September 2014, dass der Vorschlag der OWG die Grundlage für die Integration der SDGs in die Post-2015-Agenda bilden soll.

Einschätzungen der *Major Groups* zum OWG-Abschlussbericht

In allen abschließenden Stellungnahmen der *Major Groups* wird ihre Einbeziehung in die Tätigkeit der OWG begrüßt. Die Vertreter der *Major Groups* der NGOs loben den Prozess als offen und partizipativ für die Zivilgesellschaft. Die *Major Group* der Arbeitnehmer und Gewerkschaften ist kritischer und verweist beispielsweise auf fehlende Bezugnahmen auf bestehende Normen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO). Die *Major Group* der indigenen Völker kritisiert die Streichung von Hinweisen auf ihre Gruppe während des Verhandlungsprozesses, nachdem einige Mitgliedstaaten die Relevanz ihrer Berücksichtigung in Frage gestellt hatten. Die Gruppe bleibt besorgt, dass sie während der Umsetzung ausgeschlossen werden wird, wenn sie nicht explizit einbezogen wird. Die *Major Group* der Bauern äußerte ähnliche Bedenken. Die *Major Group* der Kinder und Jugendlichen rügt nachdrücklich Änderungen und Streichungen, die im Verlauf der OWG-Sitzungen vorgenommen wurden, beispielsweise in Bezug auf sexuelle und reproduktive Rechte, Definitionen von Frieden und Gerechtigkeit sowie den Einfluss der Wirtschaft. Die abschließende Stellungnahme der *Major Group* der Wirtschaft und Industrie ist insgesamt positiv; es wird darin jedoch eine Stärkung des Primats der Rechtsstaatlichkeit zugunsten guter Regierungsführung in den Zielen gefordert.

Gleichzeitig ermöglichte sie es, dass andere Beiträge im zwischenstaatlichen Verhandlungsprozess berücksichtigt werden können (UN-Dok. A/68/L.61). Die OWG kann für nichtstaatliche Akteure als bislang wichtigster Zugangspunkt zum Post-2015-Prozess betrachtet werden. Dies bedeutet jedoch nicht, dass die *Major Groups* mit den Vorschlägen im OWG-Abschlussbericht restlos zufrieden sind [vgl. Kasten S. 145].

Der Zwischenstaatliche Sachverständigenausschuss für die Finanzierung der nachhaltigen Entwicklung

Im Gegensatz zur Festlegung der MDGs kommt in Post-2015-Prozessen explizite Besorgnis darüber zum Ausdruck, wie die Verwirklichung neuer Ziele finanziert werden soll. Die Finanzierung für Post-2015-Ziele zu sichern, ist von zentraler Bedeutung für ihre zukünftige Legitimität und politische Relevanz. Der mit der Erarbeitung von Vorschlägen hierzu betraute Zwischenstaatliche Sachverständigenausschuss für die Finanzierung der nachhaltigen Entwicklung (ICESDF) bildete einen Lenkungsausschuss zur Koordinierung der Beteiligung nichtstaatlicher Akteure an seinen Aktivitäten [vgl. Kasten]. Dieser Lenkungsausschuss setzte sich aus vier Vertretern von *Major Groups* und vier Vertretern des UN-Entwicklungsfinanzierungsprozesses *(Financing for Development)* zusammen. Im Rahmen der formellen Sitzungen des ICESDF wurden interessengruppenübergreifende Dialoge mit von diesem Lenkungsausschuss ausgewählten nichtstaatlichen Sprechern geführt, die auch live im Internet übertragen wurden. Während der fünf Sitzungsrunden des ICESDF abgegebene Stellungnahmen und gehaltene Präsentationen wurden ebenso wie Sitzungszusammenfassungen im Internet verfügbar gemacht. Der

Der Zwischenstaatliche Sachverständigenausschuss für die Finanzierung der nachhaltigen Entwicklung (ICESDF)

Der Zwischenstaatliche Sachverständigenausschuss für die Finanzierung der nachhaltigen Entwicklung *(Intergovernmental Committee of Experts on Sustainable Development Financing)* bestand aus 30 Sachverständigen, die von fünf regionalen Gruppierungen von UN-Mitgliedstaaten benannt worden waren. Er wurde 2013 durch einen Beschluss der UN-Generalversammlung etabliert und trat 2013 und 2014 zu fünf Sitzungsrunden zusammen. Er beendete seine Tätigkeit im August 2014. Der Ausschuss sollte einen Bericht vorlegen, in dem er Optionen für eine wirksame Finanzierung nachhaltiger Entwicklung und zur Mobilisierung von Ressourcen für die Verwirklichung zukünftiger nachhaltiger Entwicklungsziele vorschlagen sollte. Dieser Bericht wurde der UN-Generalversammlung im August 2014 zugeleitet und bildet eine der Grundlagen für die zwischenstaatlichen Verhandlungen im Jahr 2015. In dem Bericht wird ein Katalog an Politikinstrumenten für den Einsatz in nationalen nachhaltigen Entwicklungsstrategien vorgeschlagen (ICESDF 2014).

Ausschuss führte außerdem Gespräche in Jakarta, Dschidda, Addis Abeba und Helsinki, an denen nationale politische Entscheidungsträger, Vertreter der UN und der Zivilgesellschaft sowie einige Vertreter aus der Wirtschaft teilnahmen. Zusätzlich konnten Organisationen von Interessengruppen als Reaktion auf eine Aufforderung des Ausschusses zur Abgabe von Stellungnahmen Beiträge zu unterschiedlichen Sachthemen einreichen.

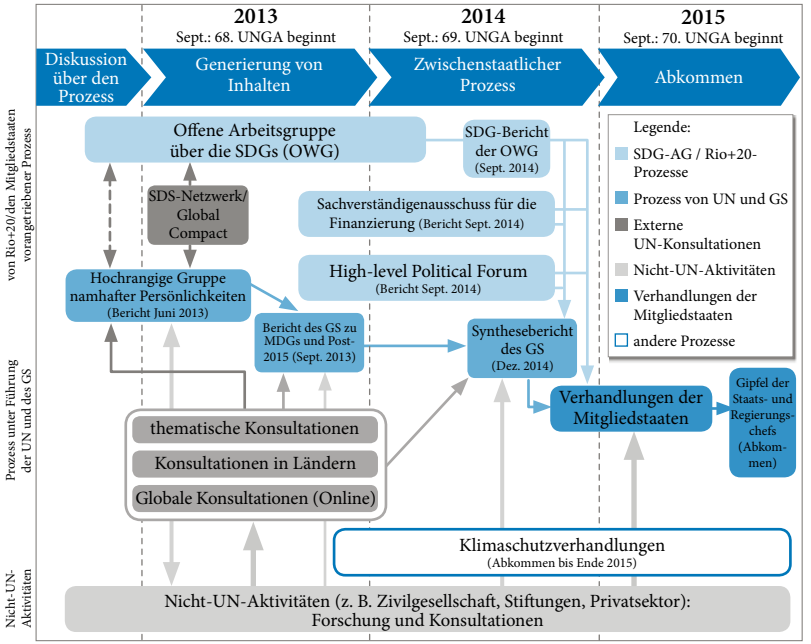
Verhandlungen in der UN-Generalversammlung 2014 und 2015

Die UN-Generalversammlung beschloss im September 2013, dass zwischenstaatliche Verhandlungen während ihrer 69. Tagung (die im September 2014 begann) bis zur formellen Annahme der SDGs auf dem hochrangigen UN-Gipfel im September 2015 geführt werden sollen. Im Vorfeld dieses Gipfels werden der Generalsekretär und das UN-System Verhandlungen zwischen Mitgliedstaaten unterstützen. Ergebnisse von Konsultationen sowie aus wichtigen Berichten und anderen 2014 durchgeführten Prozessen flossen Ende 2014 in den Synthesebericht des Generalsekretärs ein. Dieser Bericht wird den Mitgliedstaaten unterbreitet werden und soll sie auf die abschließenden Verhandlungen im Vorfeld des Gipfels im September 2015 einstimmen. Der Abschlussbericht der OWG (siehe oben) und der Synthesebericht des Generalsekretärs bilden die Grundlage für den Beschluss, der auf diesem Gipfel gefasst werden soll.

Um Mitgliedstaaten und Interessengruppen Gelegenheit zu geben, über die Post-2015-Entwicklungsagenda zu beraten, plant der Präsident der 69. Tagung der UN-Generalversammlung (September 2014–September 2015), Sam Kutesa, 2015 drei thematische Debatten auf hoher Ebene einzuberufen und eine Veranstaltung auf hoher Ebene durchzuführen. Diese bilden keine formellen Teile der zwischenstaatlichen Verhandlungen. Inwieweit diese Verhandlungen transparent und offen für Beiträge nichtstaatlicher Akteure sein werden, bleibt abzuwarten. In einem gemeinsamen Schreiben aller *Major Groups, Beyond 2015* und dem *Global Call to Action against Poverty* an Botschafter von UN-Mitgliedstaaten werden weitere Möglichkeiten für die Beteiligung nichtstaatlicher Akteure am zwischenstaatlichen Prozess während des Jahres 2015 und die Etablierung strukturierter Formen der Mitwirkung für Interessengruppen am zwischenstaatlichen Prozess gefordert und eine Reihe von diesbezüglichen Maßnahmen vorgeschlagen (Major Groups et al. 2014).

Zusammengefasst ging der Post-2015-Prozess im Laufe des Jahres 2014 von der Phase allgemeiner Konsultationen in den Jahren 2012 und 2013 in die Phase zwischenstaatlicher Entscheidungsfindung über [vgl. Abbildung 5]. Nach der oben bereits genannten Untersuchung von Tallberg et al. (2013) wissen wir, dass die Entscheidungsphase im Politikzyklus für die Beteiligung transnationaler Akteure weniger offen ist. Im Jahr 2015 können wir einen Übergang erwarten, in dessen Verlauf die hohen Erwartungen hinsichtlich der Möglichkeiten der Einflussnahme, die durch die Konsultationen geweckt wurden, auf die interessenbasierte Politik zwischenstaatlicher Verhandlungen in der UN-Generalversammlung stoßen werden.

Abbildung 5: Die Entwicklungsagenda nach 2015 entspringt einem breiten Prozess
Prozesse, die in die Post-2015-Agenda einflossen



Abkürzungen:
AG = Arbeitsgruppe
GS = UN-Generalsekretär
OWG = Offene Arbeitsgruppe
UNGA = UN-Generalversammlung
SDGs = nachhaltige Entwicklungsziele
SDS = Lösungen für eine nachhaltige Entwicklung

Quelle: http://www.unfoundation.org/assets/pdf/post-2015-process-slide-1114.pdf, 26.9.2014

Feigenblattpolitik oder Laboratorium für Innovation?

Die Unmenge an Berichten, Vorschlägen und Konsultationen, die zusammengenommen den Post-2015-Prozess ausmachen [vgl. Abbildung 5], ist nicht leicht zu überblicken – weder für diejenigen, die ihn steuern oder beeinflussen, noch für Beobachter von außen. Im Vergleich zur Entstehung der MDGs im Jahr 2000 können wir in der obigen Darstellung die Konturen einer partizipativen Weltgesellschaft im globalen Entwicklungsbereich ausmachen. Die Post-2015-Prozesse haben die Zivilgesellschaft weltweit mobilisiert und zur Entstehung neuer globaler Netzwerke der Zivilgesellschaft geführt. Wenngleich die Konsultationen bei weitem nicht vollkommen waren, haben sie dennoch gezeigt, dass es möglich ist, weitreichende Beratungen zu globalen Themen durchzuführen, und dass dies die Partizipation in der Phase der Agendasetzung ver-

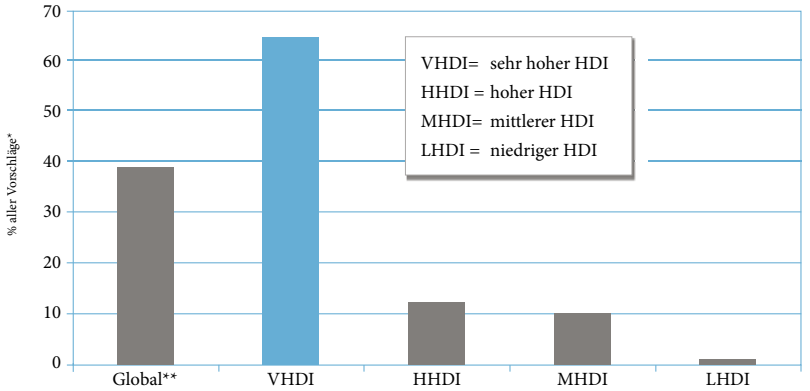
bessert. Die Post-2015-Konsultationen waren recht umfassend, was die Zahl und die geographische Reichweite von Tagungen und Beratungen über das Internet betrifft. Eine Vielzahl von Interessengruppen hat sich daran beteiligt. Dabei wurden moderne Technologien genutzt, die die globale Kommunikation über Entwicklungsthemen ermöglichen. An der *MY-World*-Umfrage nahmen viele Personen aus Ländern mit niedrigem und mittlerem HDI teil. Der Prozess war insofern transparent, als in beispiellosem Umfang Materialien im Internet öffentlich zugänglich gemacht wurden. Die UN haben einen ergebnisoffenen Ansatz zu der Frage gewählt, wer an den Konsultationen teilnehmen konnte, und alle Interessenten eingeladen, zu den elektronisch zugänglichen Komponenten der Konsultationen Beiträge zu leisten. Diese im Entstehen begriffene Weltgesellschaft ist jedoch recht heterogen. Wie jede Gesellschaft ist sie voller Konflikte und widerstreitender Interessen, was sich darin ausdrückt, dass Entwicklung ein hochpolitisches Feld ist, das durch Machtungleichgewichte zwischen dem Norden und dem Süden, Reich und Arm, Männern und Frauen, innerhalb von Ländern und zwischen ihnen gekennzeichnet ist.

Der Prozess der Post-2015-Konsultationen ist ein strategisches Unterfangen der UN mit dem Ziel, ihre zukünftigen Entwicklungsziele zu legitimieren. Die Annahme, dass die Beteiligung transnationaler Akteure die Legitimität der Entscheidungen internationaler Organisationen verbessern kann, muss jedoch kritisch hinterfragt werden. Die bloße Einbeziehung von CSOs in die Phase der Agendasetzung verbessert nicht zwangsläufig die Legitimität internationaler Organisationen. Aus dem weiter oben bereits erwähnten Bericht *Der Zustand der Zivilgesellschaft* geht hervor, dass 63 % der Befragten von CSOs der Meinung waren, sie hätten sehr schlechten oder schlechten tatsächlichen Einfluss auf die Handlungskonzepte zwischenstaatlicher Organisationen (CIVICUS 2014, S. 213). Im Vergleich zu Organisationen der Zivilgesellschaft aus dem Globalen Süden sind solche aus dem Globalen Norden bei der UN im Allgemeinen wesentlich stärker vertreten. Beispielsweise ergab eine für eine Veranstaltung des ODI und der *UN Foundation* (Juni 2013) erstellte Unterlage, dass der größte Teil der Post-2015-Vorschläge bei den *WorldWeWant*-Konsultationen aus globalen Kooperationskonstellationen oder von Akteuren mit Sitz in Ländern mit hohem Index der menschlichen Entwicklung und nicht aus Ländern mit niedrigem oder mittlerem Einkommen stammte (Bergh/Couturier 2013) [vgl. Abbildung 6]. Akteure mit großer Wirtschaftskraft wie transnationale Unternehmen verfügen über umfangreiche Ressourcen, die sie zur Einflussnahme einsetzen können. Gut organisierte CSOs mit guter Finanzausstattung sind tendenziell überrepräsentiert, während CSOs aus Entwicklungsländern im Allgemeinen unterrepräsentiert sind. Der weitgehende Ausschluss von Personen und Gruppen ohne Internet-Zugang sowie die kurzen Fristen der Post-2015-Konsultationen hatten zur Folge, dass diejenigen, die die Berichte über die Konsultationen erstellten, einen großen Einfluss auf die Agendasetzung hatten. Dabei handelte es sich in erster Linie um Vertreter der einberufenden UN-Organe.

Als Fazit lässt sich festhalten, dass die Post-2015-Konsultationen in einem politisch umstrittenen Bereich ein La-

Abbildung 6: Im Post-2015-Konsultationsprozess »WorldWeWant« sind Vorschläge aus dem globalen Norden überrepräsentiert

Alle Vorschläge, zusammengestellt vom *Overseas Development Institute (ODI)* im *Future Goals Tracker* nach Herkunftsland, in prozentualen Anteilen entsprechend der Ranggruppe beim Index der menschlichen Entwicklung (HDI) (Stand: Mai 2013)



* Einige Vorschläge entfallen auf mehrere HDI-Gruppen

** Global: bezieht sich auf Vorschläge von internationalen Organisationen, Unternehmensverbänden, Think Tanks, des ODI etc.

Quelle: http://post2015.org/2013/05/16/what-do-we-know-about-the-worlds-proposals-for-post-2015-goals-first-analysis-from-the-future-goals-tracker, 9.11.2014

boratorium für partizipative Innovation im Hinblick auf global umfassende Beratungen waren, wenn auch vorwiegend von oben nach unten verlaufend und organisiert von UN-Organen und bestimmten Staaten. Kritischen Stimmen zufolge steht im Grunde genommen sowieso schon fest, wie der Post-2015-Rahmen aussehen wird (Behar 2014). Deshalb wird man 2015 sehen müssen, ob die politischen Verhandlungen der Regierungen über die neuen Ziele die Konsultationsbemühungen nachträglich zu einer Feigenblattpolitik machen werden. Um zu den Triebkräften der weiter oben beschriebenen transnationalen Wende zurückzukehren, konnten wir den Einfluss einer Norm partizipativer Steuerung der internationalen Angelegenheiten beobachten. Wenn es »hart auf hart« geht, könnten Souveränitätskosten diese Norm jedoch immer noch schwächen. Die Entscheidungsgewalt bleibt in den Händen von Staaten. Letztendlich wird das breite Spektrum der beteiligten Interessengruppen stark voneinander abweichende Wahrnehmungen haben, was die Legitimität betrifft.

Konsequenzen für die Politik

Die Dringlichkeit der Befassung mit weltweiten Entwicklungsanliegen hat zur Folge, dass ein breiter Konsens über zukünftige Entwicklungsziele und ihre Finanzierung von entscheidender Bedeutung ist. Wenn die von interna-

tionalen Organisationen beschlossenen Handlungskonzepte verbreitet als legitim wahrgenommen werden, erhöhen sich die Aussichten für ihre Umsetzung. Bei den Post-2015-Konsultationen kamen Methoden der Einbeziehung der globalen Bürgerschaft zum Einsatz, die bei zukünftigen Beratungsprozessen dieser Größenordnung – auch wenn diese selten sind – als Vorbild dienen können. Eine Lehre, die politische Entscheidungsträger ziehen können, ist jedoch, dass sie die Frage, in welcher Weise Beratungen von Interessengruppen tatsächlich in den formellen Entscheidungsprozess einfließen, expliziter beantworten sollten. Außerdem müssen die Organe, die Konsultationen organisieren, aktivere Maßnahmen entwickeln, um Ressourcenungleichheiten im breiten Spektrum der Gruppen mit einem legitimen Beteiligungsanspruch auszugleichen. Dabei kann es sich um wirtschaftliche, wissensbasierte oder technologische Ressourcen handeln, und sie können sich unter anderem auf den Zugang zu formellen und informellen Beratungsarenen beziehen. Die Unterschiede in Bezug auf solche Ressourcen fallen zwischen einer kleinen Organisation der Zivilgesellschaft aus einem Land mit niedrigem Einkommen und einer großen privaten Stiftung, einem Unternehmen oder einem Branchenverband sehr groß aus. Deshalb muss die Organisationsstruktur von Konsultationen sorgfältig ausgestaltet werden, und sie müssen länger dauern, als dies bei den Post-2015-Konsultationen im Allgemeinen der Fall war.

In der Entscheidungsphase ist es für Interessengruppen wirkungsvoller zu versuchen, die Verhandlungspositionen einzelner Staaten zu beeinflussen als die internationale Organisation selbst. Neuere Untersuchungen zeigen, dass ein großer Teil des Einflusses der Zivilgesellschaft auf internationale Organisationen durch die Zusammenarbeit mit einzelnen Staaten erreicht wird und weniger durch direkte Interessenvertretung bei der jeweiligen Organisation (Pallas/Uhlin 2014). Ein solcher »staatlicher Kanal« steht jedoch nur in einigermaßen demokratischen Staaten zur Verfügung. Außerdem müssen die Interessen des fraglichen Staates und der CSO übereinstimmen, und dieser Staat muss in der internationalen Organisation einflussreicher sein als konkurrierende Staaten. Forschungsergebnisse zeigen auch, dass die CSOs mit den meisten solcher staatlichen Kontakte in der Hauptstadt eines Landes diejenigen mit der größten Erfahrung, der höchsten Professionalität und den meisten Ressourcen sind. Bei CSOs mit einer moderaten reformistischen Agenda ist ferner die Wahrscheinlichkeit, dass sie einflussreiche staatliche Verbündete finden, größer als bei denjenigen mit radikalen transformativen Agenden (Pallas/Uhlin 2014). Eine zivilgesellschaftliche Entwicklungsorganisation, die sich an von den UN eingeleiteten Konsultationen beteiligt, muss deshalb einen Mittelweg zwischen der Anpassung ihrer Agenda an die politische Durchführbarkeit von Verhandlungen und dem Eintreten für kühnere Visionen jenseits der Grenzen zwischenstaatlicher Politik finden. Die Möglichkeiten für die Beteiligung nichtstaatlicher Akteure im Jahr 2015, beispielsweise durch offene Anhörungen und schriftliche Einlassungen bei UN-Mitgliedstaaten, werden einen starken Einfluss auf die Wahrnehmungen von CSOs bezüglich der Legitimität der Post-2015-Ziele haben. Wenn sich herausstellen sollte,

dass der Einfluss der Konsultationen auf das endgültige Ergebnis im September 2015 vernachlässigbar war, sind das Vertrauen in zukünftige Konsultationsprozesse der UN und das Engagement dafür gefährdet.

Literatur

Behar, Amitabh 2014: Post-2015 and the poison threads – Shift the gaze (Development Dialogue Paper No. 9), Uppsala.

Bergh, Gina/Jonathan Couturier 2013: The post-2015 agenda: Analysis of current proposals in specific areas. Background briefing prepared for an Overseas Development Institute & UN Foundation Event, 25–26 June 2013, New York (http://post2015.files.wordpress.com/2013/07/ny-event-briefing-output-revised-final.pdf, 10. 12. 2014).

Beyond 2015 2014: History of Beyond 2015 (http://www.beyond2015.org/sites/default/files/History%20of%20Beyond%202015%200814.pdf, 4. 12. 2014).

CIVICUS 2014: State of Civil Society Report 2014. Reimagining global governance, o. O. (http://civicus.org/images/stories/SOCS%202014.pdf, 14. 11. 2014).

Darrow, Mac 2012: The Millennium Development Goals: Milestones or millstones? Human rights priorities for the post-2015 development agenda, in: Yale Human Rights and Development Journal, Jg. 15/1, S. 55–74.

Global Compact 2013: Corporate sustainability and the United Nations post-2015 development agenda. Report to the United Nations Secretary-General, 17. 6. 2013, o. O. (https://www.unglobalcompact.org/docs/news_events/9.1_news_archives/2013_06_18/UNGC_Post2015_Report.pdf, 11. 12. 2014).

High-level Panel of Eminent Persons on the Post-2015 Development Agenda 2013: A new global partnership: Eradicate poverty and transform economies through sustainable development, New York (http://www.un.org/sg/management/pdf/HLP_P2015_Report.pdf, 6. 1. 2015).

International Civil Society Centre 2013: Advancing the post-2015 sustainable development agenda, 20–22 March 2013, Bonn (http://icscentre.org/conferences/post-2015, 11. 12. 2014).

ICESDF (Intergovernmental Committee of Experts on Sustainable Development Financing) 2014: Report of the Intergovernmental Committee of Experts on Sustainable Development Financing. United Nations General Assembly. A/69/315, 15. 8. 2014.

Major Groups/Beyond 2015/Global Call to Action Against Poverty 2014: REF: Ensuring inclusion of Major Groups and other stakeholders in the post-2015 development agenda summit and associated preparatory process (http://sustainabledevelopment.un.org/content/documents/3762Stakeholder%20Letter%20-%20modalities%20for%20Post-2015%20Summit_Final.pdf, 11. 12. 2014).

OWG (Open Working Group) 2014: Report of the Open Working Group of the General Assembly on Sustainable Development Goals. United Nations General Assembly. A/68/970, 12. 8. 2014.

Pallas, Christopher L./Anders Uhlin 2014: Civil society influence on international organizations: Theorizing the state channel, in: Journal of Civil Society, Jg. 10/2, S. 184–203.

Pingeot, Lou 2014: Corporate influence in the Post-2015 process, Aachen u. a. (https://www.globalpolicy.org/images/pdfs/GPFEurope/Corporate_influence_in_the_Post-2015_process_web.pdf, 19. 11. 2014).

Social Watch 2014: Means and ends. The messages from the country reports. Social Watch Report 2014 (http://www.socialwatch.org/report2014, 5. 12. 2014).

Tallberg, Jonas/Thomas Sommerer/Theresa Squatrito/Christer Jönsson 2013: The opening up of international organizations. Transnational access in global governance, Cambridge.

The World We Want 2014: Dialogues on implementation of the post-2015 development agenda (http://www.worldwewant2015.org/sitemap«national, 11. 12. 2014).

Third World Network 2014: The UN post-2015 development agenda, in: Third World Resurgence, 283/284, S. 24–53.

Magdalena Bexell
Übersetzung: Klaus Birker